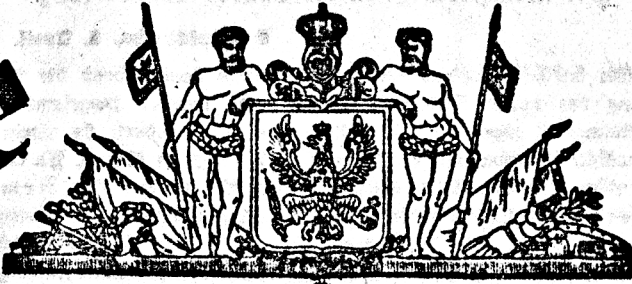


Wossifische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossifische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeithilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabella.

Preis: Monatlich 3.25 Mark, vierteljährlich 9.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tgl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 80%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Eandeleiters): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 830, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Danzig und Rheinland.

Drahtmeldung der „Wossifischen Zeitung“.

aus Rotterdam, 2. April.

Nach einer Pariser Meldung der „Central News“ ist die Stimmung in den Konferenzkreisen hinsichtlich eines baldigen Abschlusses der Vorarbeitenberatungen gestern zuversichtlich gewesen. Lloyd George habe beschlossen, in Paris zu bleiben, bis die Friedensbedingungen endgültig festgelegt sind; dies wird als gutes Zeichen betrachtet. Frankreich zeige sich zu einem vernünftigen Ausgleich in territorialen und finanziellen Fragen bereit, und man erwartet nach dieser Richtung heute oder morgen feste Beschlüsse.

In der polnischen Frage werde der englische Vorschlag aller Wahrscheinlichkeit nach angenommen werden: Von Danzig nach der polnischen Grenze soll ein neutraler Korridor führen, und die Polen sollen das Recht haben, Danzig für ihre Handelszwecke zu gebrauchen. Die Zwischenzone, in der zwei Millionen Deutsche wohnen, werde von einer gemischten deutsch-polnischen Kommission mit einem neutralen Mitglied an der Spitze verwaltet werden.

„Daily Chronicle“, der Beziehungen zu Lloyd George hat, meldet aus London: Lloyd George dringt darauf, daß Danzig polnisch werde. Die Idee, Danzig zu neutralisieren oder unter eine internationale Verwaltung zu stellen, würde Danzig zum Schmerzenskinde des Völkerbundes machen. Nichts in der Welt könne Danzig jemals neutral erhalten. Für Polen wäre der Besitz von Danzig Lebensbedingung. Außerdem müsse man bedenken, daß ohne ein Polen, das von Deutschland unabhängig ist, ein Gleichgewicht in Europa unmöglich sein werde.

Die „Times“ meldet, die einzige deutsche Gebietsfrage, über die die Konferenz noch zu beschließen hat, sei: 1. auf welche Weise soll die Entwaffnung an den Deutschen Rhein ufern verbürgt werden? 2. welche Form soll der französischen Verwaltung im Saargebiet gegeben werden, um eine Sicherheit dagegen zu schaffen, daß am Rhein keine Verstärkung erfolgt und keine militärische Organisation ins Leben gerufen wird? Nach dem Bericht dieses Korrespondenten beschäftigte sich der Rat der Behn gestern mit diesen Fragen und erwog dabei, welche Rolle wohl die Belgier bei der Sicherung des linken Rheinufers gegen neue deutsche Angriffe spielen könnten. Die plötzliche Ankunft des Königs Albert von Belgien in Versailles wird mit dieser Frage in Verbindung gebracht. Man ist überzeugt, daß er auf Einladung der Konferenz gekommen ist.

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß die Frage der deutschen Kolonien und der Entschädigungen im Sinne der Wilsonschen Anträge endgültig entschieden seien. Der finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands werde durch amerikanische Milliardenkredite ermöglicht werden.

Paris, 1. April.

Heute meldet: Frankreich drängt auf vollständige Annexion des Saarbeckens. Dieser Forderung wird jedoch nicht stattgegeben werden. Man neigt dazu, Frankreich als Teil der Entschädigung die Kontrolle über die Kohlenbergwerke für eine festgesetzte Zeitdauer zu überlassen.

Ein teilweiser Diktatfrieden?

Drahtmeldungen.

Amsterdam, 2. April. (W. L. A.)

Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus Paris, augenblicklich sei eine Stimmung vorhanden, die darauf ausgehe, die Deutschen nicht aufzufordern, zu den Beratungen über den Friedensvertrag nach Versailles zu kommen, sondern ihnen den Vertrag in Spa vorzulegen. Ueber einige Teile des Vertrages, wie z. B. die territorialen Bestimmungen, werde keine Diskussion zugelassen werden. Ueber die Frage der Bezahlung der Entschädigung soll dagegen mit den Deutschen verhandelt werden. Es sei sogar die Absicht geäußert worden, jährliche Zusammenkünfte einer gemischten Kommission, die für jedes Jahr die zu bezahlende Summe und die Art der Bezahlung festlegen soll, einzurichten. Darüber sei jedoch noch nicht entschieden worden. Man sei der Ansicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages Anfang Mai stattfinden könne.

Haag, 2. April. (S. N.)

Aus Paris wird dem Holländisch-Nieuwsbüro gemeldet: Gestern hatte Orlando vor der Versammlung des Rates der Vier eine Unterredung mit Wilson, in der die italienische Grenzfrage behandelt wurde. Orlando wies auf die Notwendigkeit hin, daß die italienische Grenzfrage gleichzeitig mit der französischen Grenzfrage geregelt werde. Wilson ist damit einverstanden. Wenn dieser Gedanke Orlando zur Durchführung kommt, wird auch der Friede mit Oesterreich gleichzeitig mit dem

deutschen Frieden geschlossen werden können. Im Zusammenhang hiermit erwartet man noch im Laufe dieses Woche Beschlüsse über die Gesamtfragen der Grenzregelung, und zwar nicht nur die Regelung der deutschen, sondern auch der österröichischen, litauischen, bulgarischen Grenzen.

Ankunft Erzbergers in Spa.

Reichsminister Erzberger ist gestern gegen 5 Uhr nachmittags in Spa eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Unterstaatssekretär Freiherr Langewert u. Simmer, ferner als Leiter der Zentralstelle des deutschen Grenzschutzes Ost der Major im Generalstab Freiherr v. Willisen, dann der Vorsitzende der Untertkommission für Transportwesen bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, Major im Generalstab v. Postlicher, der Oberbürgermeister der Stadt Danzig, Sachm, sowie als Vertreter der Waffenstillstandskommission in Berlin die Referenten Dr. Semmer und Dr. Driesen. Zum Empfang des Reichsministers war der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, General v. Hammerstein, mit einigen Mitgliedern der deutschen Kommission am Bahnhof erschienen. Marschall Foch wird heute früh in Spa eintreffen. Die Verhandlungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig beginnen um 10 Uhr vormittags in der Villa Neubois.

Die deutsche Finanzkommission, die in Schloß La Motte bei Compiègne eingetroffen ist, wird, wie halbamtlich mitgeteilt wird, mit der Kommission der Entente zunächst die aus dem Brüssel-ler Abkommen hervorgehenden Einzelfragen durcharbeiten. In den nächsten Tagen ist kaum mit einer Veröffentlichung des Ergebnisses zu rechnen.

Englisch-amerikanischer Handelswettstreit.

Drahtmeldung der „Wossifischen Zeitung“.

aus Kopenhagen, 2. April.

Dieser Tage war gemeldet worden, daß in Amerika ein großzügiger Plan zur Erweiterung seines Außenhandels entworfen worden sei. Man befürchtet in England, daß diese Ausdehnung sich auf Kosten des britischen Handels vollziehen werde, und man rüstet sich daher, den Handelskampf gegen Amerika aufzunehmen. Die Regierung will jährlich 1200 000 Pfund Sterling (24 Millionen Mark) für die Neueinstellung von Konsula und Handelsattachés ausgeben, und innerhalb der britischen Industrie haben sich Wirtschaftsvereinigungen gebildet, deren Aufgabe es ist, durch Ausübung besonderer Handelskommissionen, die unabhängig von der Regierung arbeiten sollen, die Welt mit britischen Waren zu überschwemmen. Eine dieser industriellen Vereinigungen umfaßt direkt oder indirekt ungefähr 20 000 Firmen mit einem Gesamtkapital von 80 Milliarden Mark.

Ungarische Hirngespinnste.

Drahtmeldung der „Wossifischen Zeitung“.

Wien, 2. April.

Die „Wiener Mittagspost“ meldet aus Budapest: In einer Massenversammlung hielt der Volkskommissar für Inneres Wago eine Rede, in der er erklärte, bisher sei in einer Woche mehr für das Proletariat getan, als in den letzten tausend Jahren. Die Bourgeoisie sei vernichtet, und überall hätten Arbeiterräte und Direktorien die Macht aus. „Es ist wahrscheinlich“, fuhr er fort, „daß wir mit der Entente auch ohne Krieg fertig werden können. Wir wollen sie nicht angreifen, aber es ist möglich, daß sie uns angreift. Wenn die Entente kommt, so befindet sie sich der roten Armee gegenüber. Wenn sie siegen will, muß sie wenigstens eine Million Menschen nach Ungarn bringen, weil jeder rote Soldat mit Löwenmut kämpfen und gegen zwanzig Feinde aufkommen wird. Unsere militärische Lage ist günstig.“

Aus den Kreisen der Entente soll, wie dasselbe Blatt meldet, die Staatskanzlei darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß nach der Proklamation der ungarischen Räterepublik eine ganze Reihe von ungarischen Agitatoren in Wien eingetroffen seien, die sich sowohl in kommunikativen Veranstaltungen betätigen, als auch sich Eingang in die großen Fabrikbetriebe zu verschaffen wüßten. Die Entente habe der Staatskanzlei nahegelegt, diese Personen aus Wien zu entfernen. Die Staatskanzlei hat gestern an die ungarische Räterepublik eine Note gerichtet, in der sie ersucht, die Rückkehr dieser Agitatoren aus Wien zu veranlassen.

Der allemannische Einigungsplan

Von

Karl Hermann-Neufingen,
Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Als die deutsche Novemberrevolution die deutschen Dynastien hinwegfegte, glaubten viele Deutsche, daß nun der Zeitpunkt gekommen sei, um mit der veralteten, geradezu lächerlich wirkenden deutschen Kleinstaaterei gründlich aufzuräumen. Dieser Auffassung waren auch wir, die wir nicht zu den Unitariern in dem Sinne gehören, daß wir die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates von heute auf morgen für möglich und wünschenswert hielten, vielmehr der Auffassung sind, daß der geschlossene deutsche Nationalstaat zunächst auf dem Wege evolutionärer Entwicklung erstrebt werden muß.

Selber war die Entwicklung bis heute eine andere, wogegen nicht unwesentlich eine Reihe unter sozialistischer Führung stehender Ministerien in den deutschen Bundesstaaten betrug. Mit einem Eifer, der wirklich einer besseren Sache wert wäre, klammert man sich an Staatsgebilde, die nicht dem Willen der deutschen Stämme, sondern Fürstenlaunen und Gewalttaten Napoleons I. entspringen sind. So hat denn auch überall im Reiche, im Norden wie im Süden, ein gewaltiger Säureprozeß innerhalb der alten bundesstaatlichen Gebilde eingesetzt. Wir hören von Bestrebungen zur Schaffung einer großfürstlichen Stammesrepublik. Die Niedersachsen wollen als Stamm vereint sein. Auch die Franken und die Schwaben diskutieren über eine Neuordnung des innerstaatlichen Aufbaues Deutschlands. Allen diesen Bestrebungen liegt der absolut gesunde Gedanke zugrunde, innerhalb Groß-Deutschlands die einzelnen Stämme zu staatlich organisierten Kulturgemeinschaften zusammenzuschließen. Aus diesen Auffassungen heraus ist denn auch im Wahlkampf zur Nationalversammlung, besonders in Württemberg, der Gedanke aufgeworfen und in weite Volkskreise hineingetragen worden, daß es nach Beseitigung der württembergischen und badischen Dynastien eine ernste Pflicht sei, zu prüfen, auf welche Weise Baden und Württemberg unter Einfluß der preussischen Provinz Hohenzollern miteinander vereinigt werden könnten. Daß am unteren Nedar wie im Schwarzwald und an der Donau dieser Gedanke freudigste Zustimmung fand, braucht nicht Erstaunen zu erregen, wenn man an die überaus schwierigen Verhältnisse einer Reihe von Schwarzwaldstädten, wie beispielsweise Pforzheim, Schramberg, Schwenningen, Tutlingen usw. denkt.

Eine wirklich objektive Prüfung und Entscheidung der Frage kann aber nur dann gefunden werden, wenn man jeden partikularistischen Gedanken dabei ausmerzt, nicht als Württemberger, nicht als Badener, sondern in erster Linie als Deutsche denkt und fühlt. Deshalb möchte ich vorweg betonen, daß es sich um ein einfaches Aufgehen des nur um Weniges kleineren Bundesstaates Baden in Württemberg selbstverständlich nicht handeln kann, daß vielmehr der ernsthafte Versuch gemacht werden muß, ein neues Staatsgebilde aufzubauen, in dem weder die Badener noch die Württemberger das Gefühl haben können, von dem anderen überverteilt worden zu sein. Denn nur dann ist eine erspriessliche Entwicklung zu erwarten. Schon ein Blick auf die Landkarte zeigt uns, wie überaus ungünstig die beiderseitigen Grenzen verlaufen. Dazu kommt weiter, daß durch die Entwicklung der Dinge in Elsaß-Lothringen sich die Grenzverhältnisse für Baden noch wesentlich verschlechtern. Dabei darf wohl ausgesprochen werden, daß Baden und Württemberg geographisch und ethnographisch zusammengehören. Von Hohenzollern kann daselbe erst recht gesagt werden. Die wirtschaftlichen und auch die politischen Verhältnisse — das hat die Revolution und auch ihr Verlauf gezeigt — sind in Baden und Württemberg fast durchweg gleichgeartet. Auch die Menschen passen durchaus zusammen, entstammen sie doch größtenteils denselben Völkern. Beide Staaten können durch Vereinigung wirtschaftlich und an politischem Einfluß innerhalb des Reiches nur gewinnen. Württemberg würde dadurch einen wesentlichen Vorteil erzielen, daß seine Industrie, sein Gewerbe, seine Landwirtschaft Anschluß an den Rhein fänden, andererseits würde Mannheim durch diese Entwicklung gewaltig gewinnen. Die Frage der Donauversickerung, die Nedar-Kanalisation, die Verbindung von Rhein und Donau sind durchweg Maßnahmen, deren Durchführung beiden Staaten gleichermaßen von Nutzen wäre. Auch die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Förderung der einzelnen Erwerbslände kann nur von größtem Nutzen sein.